

Kolpingwerk Land Oldenburg fordert gleiche Beschäftigungs- und Einkommensbedingungen

Das Kolpingwerk ein anerkannter Verband mit berufs- und sozialpolitischer Zwecksetzung, fordert die Herstellung gleicher Beschäftigungs- und Einkommensbedingungen in Deutschland. Der Landesverband Oldenburg fordert gleichen Lohn für gleiche Arbeit am gleichen Ort.

Eine deutlich ungleiche Bezahlung sei zwischen den Generationen spürbar: Junge Menschen unter 35 Jahren seien mehr als dreimal so oft befristet beschäftigt (16,2 Prozent) wie ältere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer (fünf Prozent). Und auch von Leiharbeit seien junge Menschen mehr als dreimal so oft betroffen wie ältere. Fast jeder zweite junge Beschäftigte unter 25 arbeitet derzeit in einer atypischen Beschäftigungsform. Rund 31 Prozent der jungen (unter 25 Jahren) Beschäftigten hätten ein monatliches Bruttoeinkommen von weniger als 1.500 Euro. In den Branchen, in denen die Sozialpartnerschaft noch funktioniere, fänden sich solche Verhältnisse seltener.

„Unter dem Vorwand, so flexibler auf schwankende Marktbedingungen reagieren zu können, nutzen viele Betriebe Leiharbeit und Werkverträge. In der Vergangenheit waren diese Instrumente nicht selten Einfallstor für Dumpinglöhne und schlechtere Arbeitsbedingungen“, stellt Thorsten Siefert, vom Landesvorstand des Kolpingwerkes Land Oldenburg fest. Auch wenn der Gesetzgeber inzwischen neue Regelungen auf den Weg gebracht habe, bleibe abzuwarten, ob nicht die in Leiharbeit Beschäftigten weiterhin gegenüber der regulären Belegschaft strukturell benachteiligt werden. Nur Tarifverträge und starke Betriebsräte hätten das Potenzial, dem nachhaltig und effektiv zu begegnen.

Für das Kolpingwerk sind attraktive Arbeitsbedingungen und faire Löhne – ausgehandelt durch die Tarifparteien – unerlässlich, um jungen Menschen eine attraktive und verlässliche Perspektive und damit die nötige Sicherheit für Familiengründungen und Familienplanung zu bieten.

„Nicht selten sind die Folgen von Tariffucht schlechtere Arbeitsbedingungen, prekäre Beschäftigungsformen und Leiharbeit. Das hat soziale und wirtschaftliche Folgen für den einzelnen Menschen, aber auch für unsere Gesellschaft“, so Thorsten Siefert weiter.

68% aller sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten lagen 2014 unter 30.000 € Jahreseinkommen. Nichtauskömmliche Löhne führen zu geringeren Einzahlungen in die Sozialversicherungen. Es bleibt kein Spielraum mehr für die persönliche Altersvorsorge. Dabei wird die Rentenquote von der Politik immer weiter abgesenkt. Setzt sich dieser Trend fort, ist eine zunehmende Altersarmut nicht mehr aufzuhalten.

Das Kolpingwerk Land Oldenburg fordert daher eine Gesetzesinitiative für verpflichtende Branchenlöhne wie in anderen Nachbarstaaten. Eine gesetzliche Beschränkung des Einsatzes von Werkverträgen und Leiharbeit im Kerngeschäft eines Unternehmens ist unverzichtbar, so Andreas Bröring, Geschäftsführer im Kolpingwerk Land Oldenburg. Die Stammebelegschaft sollte mindestens 90% der Gesamtzahl der Arbeitnehmer betragen.

Für den Fachausschuss
Arbeit und Gesellschaft sozial gestalten

THORSTEN SIEFERT
Vorsitzender

ANDREAS BRÖRING
Geschäftsführer